Wenn AGB unwirksam sind

Sofern Teile des Rechtsgeschäftes unwirksam sind, ordnet das [BGB](#) an, dass das gesamte [Rechtsgeschäft](#) nichtig ist. Wenn die Allgemeinen Geschäftsbedingungen jedoch unwirksam sind, würde diese Anordnung dazu führen, dass der gesamte Kauf nichtig ist, obwohl der [Vertrag](#) an sich nicht betroffen ist und er ohne Probleme durchzuführen ist. Aus diesem Grund ist im Gesetz festgehalten, dass der [Vertrag](#) trotzdem gültig bleibt. In diesem Fall werden die ungültigen Bedingungen durch gesetzliche Regelungen ersetzt.

Als Beispiel ist hier zu nennen, dass in einer Allgemeinen Geschäftsbedingung erklärt ist, der [Verkäufer](#) schließe jegliche Haftung aus. Doch dies verstößt gegen das Verbot, die Haftung für Schäden auszuschließen, die durch grob [fahrlässiges](#) oder vorsätzliches Verhalten entstanden sind. Lediglich die Sachmangelhaftung gemäß § [437 BGB](#) kann eingeschränkt werden. Die Regelung wird nun also ersetzt durch die [Normen](#) des § [276 BGB](#) und § [437 BGB](#). Das führt dazu, dass der [Verwender](#) für jegliche Handlungen haftet, die wegen [Fahrlässigkeit](#), grober [Fahrlässigkeit](#) und Vorsatzes zum Schaden führen.

Durch §§ [307 BGB](#), [308 BGB](#) und [309 BGB](#) können [Allgemeine Geschäftsbedingungen](#) für ungültig erklärt werden. Sie sagen aus, dass eine [Klausel](#) komplett und nicht nur in dem Teil, der gegen das Gesetz verstößt, ersetzt wird. § [306 BGB](#) tritt auch dann in Kraft, wenn durch § [134 BGB](#) oder einer anderen Vorschrift herausgestellt wird, dass eine [Klausel](#) unwirksam ist. (BGHZ 139, 243)